

Ein Digitalfahrplan für Schwarz-Rot

16 Vorschläge für einen »Aktionsplan
Digitalpolitik« der Bundesregierung

Ein Digitalfahrplan für Schwarz-Rot

Mit der Schaffung eines eigenständigen Digitalministeriums sendet die neue schwarz-rote Bundesregierung ein deutliches Signal: Die Digitalisierung und moderne, digitale Verwaltungen sollen eine zentrale Rolle im Regierungshandeln spielen. Der Organisationserlass und die dort vorgesehenen weitreichenden Kompetenzen des neuen Hauses unterstreichen dies deutlich. Bitkom hat sich lange für eine solche Lösung eingesetzt und begrüßt dies sehr.

Die grundlegenden Strukturfragen sind entschieden – nun muss es darum gehen, schnell inhaltlich voranzukommen und den Modernisierungstau der letzten Jahrzehnte aufzulösen. Die Grundlage dafür ist der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD, der aus digitaler Perspektive in vielerlei Hinsicht die richtigen Akzente setzt. Gleichzeitig gibt es zu vielen Vorhaben Konkretisierungs- und Operationalisierungsbedarf.

Deshalb braucht die neue Bundesregierung einen gemeinsamen digitalpolitischen Fahrplan, der ein Zielbild definiert, Prioritäten setzt, konkrete Maßnahmen festlegt – und Verbindlichkeit herstellt. Ein gemeinsamer »Aktionsplan Digitalpolitik«, der nicht nur für das BMDS gilt, sondern auf den sich alle Kabinettsmitglieder verpflichten, kann genau das schaffen.

Ein solcher vom BMDS zu koordinierender digitalpolitischer Aktionsplan muss daher drei Aspekte miteinander verbinden:

- **Fokus:** Der Aktionsplan muss eine überschaubare Anzahl klarer Ziele bzw. Vorhaben formulieren. Soweit möglich, sollte jedes Vorhaben mit konkreten KPIs und einem Zeitplan hinterlegt sein. So könnte eine fortwährende Erfolgskontrolle gelingen – und bei Bedarf nachgesteuert werden. Priorisiert werden sollten vor allem Maßnahmen mit echter Hebelwirkung, durch die mit vergleichsweise geringem Aufwand deutliche, für Bevölkerung und Unternehmen spürbare Erfolge erzielt werden.
- **Verbindlichkeit:** Alle Ministerien müssen auf den gemeinsamen digitalpolitischen Fahrplan verpflichtet werden. Dafür muss er im Kabinett beschlossen werden. Anschließend braucht es eine quartalsweise Fortschrittskontrolle, ebenfalls im Kabinett.
- **Tempo:** Das digitale Rad muss nicht überall neu erfunden werden. Stattdessen sollten vorhandene Lösungen gezielt genutzt und in der Breite ausgerollt werden. »Better done than perfect« muss ein Leitmotiv sein.

Ein solcher »Aktionsplan Digitalpolitik« wäre mehr als ein Bekenntnis zum digitalen Deutschland. Er wäre ein Instrument zur effektiven regierungsinternen Koordinierung und somit eine Chance nicht nur für das BMDS, sondern für die gesamte Bundesregierung. Bitkom schlägt im Folgenden konkrete Maßnahmen mit spürbaren Effekten für Wirtschaft, Infrastruktur, Gesellschaft und Staat vor. Sie sollten Teil des Aktionsplans werden.

16 Vorschläge für einen »Aktionsplan Digitalpolitik«

Transformation der Wirtschaft

1. Wirksam Investitionen anregen

Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Investitions-Booster ist ein Schritt in die richtige Richtung. Verbesserte degressive Abschreibungsmöglichkeiten in den Jahren 2025 bis 2027 sowie eine Senkung der Körperschaftssteuer – allerdings erst ab 2028 – allein werden für den nötigen, massiven Transformationsschub aber nicht ausreichen. Dafür braucht es echte Superabschreibungen: Wir schlagen 175 % Abschreibungsquote auf Investitionen in digitale Güter und Sachwerte vor.

2. Verpflichtenden Regulierungs-Stopp ausrufen

Ob Startup oder Großkonzern: Die Unternehmen brauchen mehr Raum für Innovation und Wachstum. Das Kabinett sollte sich im Rahmen des »Aktionsplans Digitalpolitik« zu einem grundsätzlichen Stopp jeglichen Goldplatings verpflichten. EU-Richtlinien sollten künftig 1:1 auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Kollidiert eine EU-Regelung mit bestehendem deutschem Recht, sollte diese nationale Regelung an EU-Recht angeglichen werden, nicht umgekehrt.

3. »Digitalpakt Deutschland« auflegen

Das von Union und SPD angestrebte Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) ist historisch: Noch nie ist die Bundesrepublik mit einer einzigen politischen Entscheidung ein solches Maß an Verbindlichkeiten eingegangen. Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Mittel so zu investieren, dass sie mittel- und langfristig Deutschlands Leistungsfähigkeit auf ein neues Niveau bringen. Die größten Effekte sind durch die Digitalisierung zu erwarten. Bitkom schlägt daher vor, zumindest jeden fünften Euro in Maßnahmen zur Stärkung unserer digitalen Souveränität und digitalen Wettbewerbsfähigkeit zu investieren – im Rahmen eines »Digitalpakts Deutschland«, für den wir konkrete Investitionsvorschläge vorlegen.

4. Wachstumskapital bereitstellen

Um den Zugang zu Wagnis- und Wachstumskapital für Startups zu verbessern und den Innovationsstandort Deutschland zu stärken, müssen institutionelle Investoren für Venture Capital gewonnen werden, der öffentliche Kapitalmarkt und der Fondsstandort sind zu stärken und der Zukunftsfonds mit seiner Hebelwirkung ist auszubauen. Konkret sollte der im Koalitionsvertrag vorgesehene Zukunftsfonds II zeitnah aufgelegt werden und mindestens 15 Milliarden Euro für das Gründungsökosystem zur Verfügung stellen. Neben gezielten Investitionen in DeepTech und Sprunginnovationen sollte auch ein »DefTech Fonds«-Modul i.H.v. 500 Millionen Euro geschaffen werden, um in verteidigungsrelevante Defence- und Dual-Use-Technologien investieren zu können und damit die Wehrfähigkeit zu stärken.

Schlüsseltechnologien & Infrastruktur

5. Beschleunigungsgesetz für beste Netze vorlegen

Langwierige Genehmigungsverfahren und komplexe bürokratische Auflagen bremsen das Ausbautempo bei Glasfaser- und Mobilfunknetzen. Die Einführung des »überragenden öffentlichen Interesses« für den TK-Netzausbau zu Beginn der Legislatur war ein wichtiger Schritt und sollte jetzt um weitere Maßnahmen ergänzt werden. Die Koalition muss ein wirksames Beschleunigungspaket nachlegen, das Genehmigungsverfahren standardisiert, Ende-zu-Ende digitalisiert, einen echten One-Stop-Shop einführt und das OZG-Breitbandportal flächendeckend nutzbar macht. Für den Mobilfunk muss mit einer gesetzlichen Priorisierung des Stromanschlusses für Mobilfunkstandorte – vergleichbar mit jener für Erneuerbare Energien – dafür gesorgt werden, dass technisch betriebsbereite Masten auch wirklich ans Netz kommen.

6. Mit wettbewerbsfähigen Energiekosten den Digitalstandort stärken

Die im europäischen Vergleich sehr hohen Stromkosten sind ein substanzieller Wettbewerbsnachteil für den Digitalstandort: Rechenzentren sind im internationalen Wettbewerb massiv benachteiligt, Kommunikationsdienste werden unnötig teurer. Mit den Plänen zur Senkung der Stromsteuer ist Schwarz-Rot aber hinter den Koalitionsvertrag zurückgefallen. Die Entlastungen für das produzierende Gewerbe müssen daher auf die energieintensive Digitalwirtschaft, wie z.B. Telekommunikationsnetze und Rechenzentren, ausgeweitet werden. Gleiches gilt für die angekündigten Entlastungen bei den Netzentgelten sowie die gezielte Ausweitung der bestehenden Strompreiskompensationen auf Rechenzentren.

7. Rechenpower, Daten & kluge Köpfe: Deutschland zum KI-Hotspot machen

Künstliche Intelligenz entscheidet über die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Bundesregierung sollte Deutschland deshalb zum KI-Hotspot Europas entwickeln und dafür die Infrastruktur und den Regelungsrahmen schaffen. Um in den nächsten fünf Jahren 100 Milliarden Euro privater Investitionen in Rechenzentren zu aktivieren, müssen bürokratische und praxisferne Vorgaben für Rechenzentren abgebaut, Genehmigungsverfahren verkürzt und kostengünstiger, grundlastfähiger Strom bereitgestellt werden. Gleichzeitig müssen insbesondere KMU in die Lage versetzt werden, KI nutzen zu können. Die für Datenerhebung und KI-Einsatz relevanten Vorschriften müssen auf ihre Praxistauglichkeit geprüft und ggf. angepasst werden. Die bestehenden Förder- und Transferprogramme für mehr KI-Einsatz in der Fläche müssen gebündelt, skaliert und entbürokratisiert werden. Sie sollten zentral über eine bundesweite Plattform zugänglich gemacht werden.

8. Quantum und Halbleiter: Digitale industrielle Schlüsseltechnologien voranbringen

Quantentechnologien können ganze Branchen grundlegend verändern, Halbleiter sind die Basistechnologie der gesamten Wirtschaft. Gemeinsam definieren sie internationale Wettbewerbsfähigkeit neu. Deutschland muss diese industriellen Schlüsseltechnologien strategisch nutzen. Mit einem »Quantum-Investitionsprogramm« sollte die Koalition ressortübergreifend Anwendungs- und Technologieförderung verzahnen, Quantencomputing, -kommunikation und -sensorik durch Use-Case-getriebene Projekte gezielt stärken und die öffentliche Beschaffung strategisch für Marktöffnung und Skalierung einsetzen. Ziel muss sein, Quantentechnologien frühzeitig in bestehende IT- und Kommunikationsinfrastrukturen zu integrieren und etwa in Produktion, Mobilität,

Energie oder Sicherheit eng mit KI zu verzahnen. Zur Stärkung des Halbleiter-Ökosystems sollte sich Deutschland verbindlich an europäischen Initiativen wie dem EU Chips Act und den IPCEIs beteiligen und diese durch nationale Ko-Investitionen flankieren. Der strategische Ausbau von Forschung, Designkompetenz und Fertigungskapazitäten muss auf Anwendungen ausgerichtet und eng mit Zielen der Digitalisierung, der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der digitalen Souveränität gekoppelt sein.

Digitale & resiliente Gesellschaft

9. Gute digitale Bildung langfristig denken

Die Finanzierung des Digitalpakts 2.0 ist über das Sondervermögen vorerst gesichert. Er muss jetzt schnellstmöglich bürokratiearm umgesetzt werden. Dafür sollte die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern eine digitale Antragsplattform einrichten, die unkomplizierte Anträge und schnellen Mittelabfluss gewährleistet. Noch vor Beginn der Antragsphase muss außerdem eine wissenschaftliche Begleitung aufgesetzt und die Umsetzung des Förderprogramms laufend evaluiert werden. Bis spätestens 2029 muss darüber hinaus eine dauerhafte Finanzierungslösung für die Digitalisierung von Schulen gefunden werden. Beratungen zwischen Bund und Ländern hierzu sollten umgehend beginnen.

10. Gesamtgesellschaftliche Resilienz erhöhen

Medienkompetenz ist der Schlüssel zu digitaler Teilhabe, gesellschaftlicher Resilienz gegen hybride Angriffe und damit letztlich Grundvoraussetzung einer wehrhaften Demokratie. Die schwarz-rote Koalition sollte eine Bundeszentrale für digitale Bildung schaffen, deren erstes Projekt die im Koalitionsvertrag vereinbarte »altersübergreifende Offensive für digitale Kompetenzen« wäre – und so dafür sorgen, dass allen Menschen in Deutschland grundlegende Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien, Fake News und Desinformation vermittelt werden. Als Teil der Offensive muss zudem ein bundesweites Monitoringsystem der gesamtgesellschaftlichen Digitalkompetenzen mit geeigneten Benchmarks aufgesetzt werden. Vorbild könnten die nordischen und baltischen Länder sein, die ähnliche Monitoringsysteme entwickelt haben.

11. Cybersicherheit an hybriden Bedrohungen orientieren

Deutschland braucht eine massive Verbesserung seiner Cybersicherheit sowie eine Konsolidierung der bestehenden Cybersicherheitsarchitektur. Das Bekenntnis der Koalition zum Ausbau des BSI zur Zentralstelle für die Bund-Länder-Koordination begrüßen wir sehr. Das BSI ist bereits heute die größte Cybersicherheitsbehörde Europas und soll in den kommenden Jahren mit weiteren Mitteln und Personal ausgestattet werden. Aktuell ist jedoch keine dauerhafte oder institutionalisierte Unterstützung der Länder oder Kommunen durch das BSI möglich. Die Schaffung einer Zentralstelle sollte im Rahmen des »Aktionsplans Digitalpolitik« priorisiert und mit einem konkreten Zeitplan hinterlegt werden. Ziel muss sein, dass Deutschland im Angriffsfall handlungsfähig bleibt und über Bund, Länder und Kommunen hinweg koordiniert reagieren kann. Dafür muss die Bundesregierung auf die Bundesländer zugehen.

12. Resilienz in der Daseinsvorsorge sichern

Zeitenwende bedeutet nicht zuletzt, unsere Resilienz auch im Bereich der Daseinsvorsorge zu verbessern. Im Gesundheitswesen müssen dafür – z.B. mit Mitteln des Sondervermögens – die digitale Infrastruktur und die IT- und Cybersicherheit in den Krankenhäusern verbessert werden, etwa durch die Verstetigung von Projekten aus dem Krankenhauszukunftsgesetz. Zudem muss der flächendeckende und benutzerfreundliche Einsatz der Gesundheits-ID sichergestellt werden. Im Energiebereich muss die im Koalitionsvertrag vorgesehene Digitalisierungsoffensive bei Stromnetzbetreibern im Rahmen des »Aktionsplans Digitalpolitik« mit konkreten Zielen und einem Zeitplan hinterlegt werden. So muss etwa die Digitalisierung der Mess- und Steuerungsinfrastruktur mit intelligenten Messsystemen und digitalen Ortsnetzstationen zügig vorangetrieben werden, um das Stromnetz transparenter, flexibler und zukunftsfähig zu machen. Gleichzeitig sind Digitalkompetenzen und -ressourcen bei Verteilnetzbetreibern gezielt zu stärken.

Moderner & resilienter Staat

13. Die Bundeswehr digital ertüchtigen

Verteidigungsfähig wird nur, wer digital führend ist. Ziel muss sein, Abschreckung auch durch beste digitale Fähigkeiten zu erwirken. Deshalb müssen Vollausrüstung und digitale Fähigkeiten von Division 25 und Brigade Litauen auf das gesamte Heer übertragen werden. Zudem muss die Truppe in der Breite erste KI-Anwendungen zur Entscheidungsunterstützung nutzen und Software Defined Defense zum Leitmotiv deutscher und europäischer Rüstungspolitik werden. Die Bundeswehr muss SDD-befähigt werden und Fähigkeitsentwicklung mittels Software umsetzen. Weil bewaffnete Konflikte künftig auch durch schnelle Implementation neuer Technologien in den Streitkräften gewonnen werden, muss die Bundeswehr strategisch in Dual-Use-Technologien investieren und Startups fördern.

14. Deutschland-Stack: Moderne Verwaltungen auf allen föderalen Ebenen schaffen

Der im Koalitionsvertrag angekündigte Deutschland-Stack ist ein zentrales Projekt, um die deutschen Verwaltungen vom Bund bis in die Kommunen digital zeitgemäß aufzustellen. Er muss so ausgestaltet werden, dass ihn alle föderalen Ebenen auch tatsächlich nutzen. Das Projekt muss absolute Priorität genießen und sollte bereits 2026 an den Start gehen. Es sollte u.a. folgende Bausteine enthalten:

- eine Deutschland-ID bzw. das Nutzerkonto Bund für Bürgerinnen und Bürger sowie ein deutschlandweit einheitliches Unternehmenskonto mit bi-direktionalem Postfach und Datenschutz-Cockpit, damit die Nutzerinnen und Nutzer zukünftig ihre gesamte Behördenkommunikation über ein Postfach abbilden können,
- eine digitale Brieftasche für alle Bürgerinnen und Bürger – sie gehört zu den absoluten Basics der Verwaltungsdigitalisierung und muss mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen vorangetrieben werden, damit bereits Ende 2026 eine praxistaugliche, mehrwertstiftende, sichere und interoperable EUDI-Wallet an den Start gehen kann,

- eine Deutschland App sowie eine zentrale Unternehmensplattform als einheitliche Frontends für alle Verwaltungsdienstleistungen aller föderalen Ebenen sowie
- einen Applikationsmarktplatz für Cloud-basierte IT-Lösungen, über den die Behörden von Bund, Ländern und Kommunen Lösungen unterschiedlicher Anbieter auswählen können.

15. **Moderne, digitale Verwaltung gesetzlich verankern**

Die Koalition muss auch die gesetzlichen Grundlagen für eine moderne, digitale Verwaltung schaffen. Anknüpfend an die OZG-Regelung sollten alle Schriftformerfordernisse, die es in Bundesgesetzen derzeit noch gibt, per Generalklausel so geändert werden, dass künftig die Text- bzw. elektronische Form ausreicht. Und um die Einhaltung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Once-Only-Prinzips sicherzustellen, sollte Schwarz-Rot es gesetzlich verankern. Das würde den Umsetzungsdruck bei der Registermodernisierung für Bund und Länder erhöhen. Wichtig ist dabei ein verbindlicher Zeitpunkt, ab dem Nutzerinnen und Nutzer von Verwaltungsleistungen die Angabe von Daten verweigern können, die bereits in öffentlichen Registern gespeichert sind.

16. **Staatsmodernisierung ganzheitlich angehen**

Das BMDS ist nicht nur für Staatsmodernisierung und Bürokratieentlastung zuständig, sondern hat auch den Normenkontrollrat in seinem Verantwortungsbereich. Diese Bündelung von Kompetenz sollte zur Neuordnung der Bund-Länder-Kooperation in digitalen Fragen genutzt werden – nicht bis 2030, sondern bis zum Ende dieser Legislatur. In diesem Rahmen sollte bis Ende 2026 auch eine fachliche, funktionale und geografische Bündelung und Standardisierung staatlicher Aufgaben erfolgen. Zudem sollte bis Ende 2025 ein Aktionsplan zur Strukturierung und Konsolidierung der digitalpolitisch relevanten Einheiten im nachgeordneten Bereich verabschiedet und noch in dieser Legislatur umgesetzt werden. Zur Beschleunigung des Bürokratieabbaus muss zeitnah ein digitales Bürokratiemeldeportal eingerichtet werden, durch das unterjährig Bürokratieentlastungsvorschläge von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltungen eingereicht werden können. Diese müssen in ein dann jährlich zu erarbeitendes Bürokratieentlastungsgesetz einfließen.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Herausgeber

Bitkom e.V.
Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner/in

Fabian Zacharias | Mitglied der Geschäftsleitung
+49 30 27576-0 | fabian.zacharias@bitkom.org

Sophie Vogt-Hohenlinde | Leiterin Public Affairs
+49 30 27576-147 | s.vogt-hohenlinde@bitkom.org

Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Public Affairs

Copyright

Bitkom 2025

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom oder den jeweiligen Rechteinhabern.